

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 01.07.2026 im Ratssaal des
Friedrichsbaus, Bühl, Friedrichstraße 2**

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 19:20 Uhr

- - - - -

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Matthias Bauernfeind

Gremiumsmitglied

Christian Böckeler

Bernd Broß

Johannes van Daalen

Prof. Dr. Karl Ehinger

Georg Feuerer

Beate Gässler

Timo Gretz

Peter Hirn

Lutz Jäckel

Volker Leppert

Birgit Lorenz

Ludwig Löschner

Prof. Dr. Johannes Moosheimer

Stefan Ott

Benedikt Püttbach

Georg Schultheiß

Walter Seifermann

Stefanie Stedry

Peter Teichmann

Ortsvorsteher

Hans-Wilhelm Juchem, Ortsverwaltung Neusatz

Birgit Lorenz, Ortsverwaltung Weitenung

Manuel Royal, Ortsverwaltung Vimbuch

Verwaltung

Erster Beigeordneter Daniel Fritz

Reinhard Renner, Service - Ordnung - Personal

Elisabeth Beerens, Service - Ordnung - Personal

Klaus Dürk, Bildung - Kultur - Generationen

Nicole Dahringer, Finanzen - Beteiligungen - Liegenschaften

Markus Ernst, Bauen

Peter Thome, Bauen

Matthias Kaufhold, Nachhaltige Stadtentwicklung

Corina Bergmaier, Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht

Petra Ewert, Revision

Matthias Buschert, Pressesprecher

Marc Vollmer, Gremien und Kommunales

Gäste

Herr Braun, Geschäftsführer BITS GmbH
Frau Körner, Schulleitung Windeck-Gymnasium

Zuhörer/innen

5

Pressevertreter

1

Entschuldigt fehlen:**Gremiumsmitglied**

Barbara Becker

Franz Fallert

Hans-Jürgen Jacobs

Thomas Jäger

Alfred Veith

Dr. Claudia Wendenburg

Yvonne Zick

Ortsvorsteher

Karin Feist, Ortsverwaltung Eisental

Manfred Müller, Ortsverwaltung Altschweier

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse
3. Bühler Innovations- und Technologie Start-ups GmbH; Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2025
4. Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder der BITS GmbH für das Wirtschaftsjahr 2025
5. Bühler Innovations- und Technologie StartUps GmbH; Aufnahme von Herrn Matthias Frietsch – stv. Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bühl
6. Erhöhung der Elternentgelte für die städtischen Kindertageseinrichtungen
7. Interimsmaßnahme „Energetische Sanierung Windeck-Gymnasium Bühl“
8. Mietzuschuss für die Bühler Tafel e.V.
9. Zuschüsse an sporttreibende Vereine im Jahr 2026
10. Förderung von kulturtreibenden Vereinen
11. Beteiligungsbericht 2024
12. Beschaffung von mobilen Zufahrtssperren
13. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Bauernfeind eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Ein Bürger trägt eine Frage zum Hitzeschutz in Kindertagesstätten und Schulen vor. Aufgrund der in den vergangenen Tagen hohen Temperaturen war es in den Einrichtungen so warm, dass Kinder aus Schutzgründen nicht mehr schlafen gelegt werden konnten und teilweise früher abgeholt wurden. Das Thema betrifft nicht nur die Kindertagesstätten, sondern auch die Schulen. Vor dem Hintergrund künftig voraussichtlich häufiger auftretender Hitzewellen erkundigt sich der Bürger danach, welche Maßnahmen die Stadt im Bereich Hitzeschutz für Schulen und Kindertagesstätten plant, damit der reguläre Betrieb auch bei großer Hitze aufrechterhalten werden kann.

Oberbürgermeister Bauernfeind erklärt, dass das Thema die Stadtverwaltung sehr beschäftigt. Die klimatischen Veränderungen sind für alle erkennbar, weshalb man im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten Maßnahmen prüft und ergreift. Dabei stehen Kosten und Nutzen stets in einem Zusammenhang.

Herr Dürk, Bildung - Kultur - Generationen, führt aus, dass aktuell intensiv an Hitzeschutzplänen sowohl für die Schulen als auch für die Kindertageseinrichtungen gearbeitet wird. Für die Kindertageseinrichtungen liegt bereits ein klares Konzept zum weiteren Vorgehen vor. Man wird dort nicht umhinkommen, Rückzugsräume zu klimatisieren. Dies betrifft beispielsweise flächendeckend die Schlafräume sowie je Kindertageseinrichtung ein bis zwei Gruppenräume, damit Hitzespitzen sowie gegebenenfalls Notfallgruppen aufgefangen werden können. Entsprechende Vorschläge wird die Verwaltung dem Gemeinderat unterbreiten. Es handelt sich aktuell um ein großes und intensives Thema, das trägerübergreifend bearbeitet wird, und zwar nicht nur in der Stadt Bühl, sondern auch in anderen Kommunen. Nach seiner Einschätzung werden die Kommunen sowie die jeweiligen Träger, unabhängig davon, ob sich die Gebäude in kirchlicher oder städtischer Trägerschaft befinden, entsprechende Nachrüstungen vornehmen müssen.

TOP 2: Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Es liegen keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse zur Bekanntgabe vor.

TOP 3: Bühler Innovations- und Technologie Start-ups GmbH; Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2025

Oberbürgermeister Bauernfeind begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer der Bühler Innovations- und Technologie StartUps GmbH (BITS), Herrn Jürgen Braun.

Herr Braun stellt zunächst die wesentlichen Entwicklungen des abgelaufenen Geschäftsjahres dar. Aus Sicht der Vermietung ist das Jahr sehr erfolgreich verlaufen, da das BITS nahezu durchgängig zu 100 % vermietet gewesen ist. Die Zahl der Arbeitsplätze liegt stabil bei 25. Die Umsatzerlöse sind um 18 % gestiegen, was zum einen auf die vollständige Auslastung und zum anderen darauf zurückzuführen ist, dass RegioMORE zwei Büroräume nutzt und hierfür eine ortsübliche Miete entrichtet. Die Kostenseite ist trotz Inflation stabil geblieben. Zugleich führt Herr Braun aus, dass die Kooperation mit RegioMORE inzwischen schwieriger geworden ist und sich aus Sicht des BITS nicht positiv entwickelt. RegioMORE wird voraussichtlich in Richtung Schaeffler umziehen. Deshalb stellt sich die Frage, ob die Kooperation mittelfristig überhaupt noch Vorteile für das BITS bringt, nachdem ursprünglich beabsichtigt war, kleinere und mittlere

Unternehmen sowie Start-ups anzuziehen und zu unterstützen. Dies muss künftig erneut diskutiert werden. Herr Braun berichtet zum Prüfungsbericht, es gebe keine Einwendungen gegen den Jahresabschluss. Dieser entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung ist festgestellt worden. Ebenso sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft im Abschlussbericht entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen dargestellt. Herr Braun erläutert sodann die Ergebnisse des Geschäftsjahres 2025. Die Erlöse sind gegenüber 2024 deutlich gestiegen. Die Personalkosten sind infolge von Tarifierhöhungen leicht angestiegen. Die Abschreibungen belaufen sich auf 32.000 Euro. Zudem weist er auf eine neue Systematik hin, wonach die Verlustübernahme durch die Stadt in der Gewinn- und Verlustrechnung nunmehr als Ertrag dargestellt wird. Die sonstigen Kosten liegen bei 105.000 Euro und damit trotz Inflation auf Vorjahresniveau. Zinsen und Steuern sind leicht zurückgegangen. Das ausgewiesene Minus beträgt 18.000 Euro. Um das tatsächliche Bild zu erhalten, muss jedoch die Verlustübernahme in Höhe von 47.000 Euro hinzugerechnet werden, sodass sich der tatsächliche Verlust auf rund 65.000 Euro beläuft. Im Vorjahr lag der tatsächliche Verlust bei rund 78.000 Euro. Herr Braun stellt klar, dass es sich hierbei um eine geänderte Darstellungsweise und nicht um eine inhaltliche Veränderung handelt. Herr Braun geht ferner auf die sonstigen Aufwendungen in Höhe von 105.000 Euro ein. Diese betreffen eine Vielzahl von Positionen im Zusammenhang mit dem Unterhalt des BIT. In sämtlichen Bereichen sind im Wesentlichen nur inflationsbedingte leichte Steigerungen zu verzeichnen, sodass sich das Gesamtniveau praktisch auf Vorjahreshöhe bewegt. Herr Braun erläutert anschließend die Bilanz. Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen infolge der Abschreibungen auf 316.000 Euro zurückgegangen. Das Umlaufvermögen ist leicht auf 126.000 Euro gesunken; dahinter stehen insbesondere liquide Mittel auf dem Konto als Reserve. Hinzu kommt ein kleiner Rechnungsabgrenzungsposten. Die Bilanzsumme auf der Aktivseite beträgt 444.000 Euro. Auf der Passivseite bestehen gegenüber Kreditinstituten keine Verbindlichkeiten mehr. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind auf 3.000 Euro zurückgegangen, die sonstigen Verbindlichkeiten belaufen sich auf 16.000 Euro, insgesamt somit auf 20.000 Euro. Herr Braun informiert sodann über den Stand der Vermietung zum 15.06.2026. Genannt werden die Cestriom GmbH zum Thema Entmagnetisierung von Metallen, die neu eingezogene KIIntelligence mit dem Schwerpunkt Künstliche Intelligenz, insbesondere in der Steuerung von Produktionsabläufen und der Beratung von Firmen zum Einsatz von KI, RegioMORE mit derzeit noch zwei Büroräumen, S&C Software Installation und Consulting, Allevio IT, Whitemacs mit dem Schwerpunkt Cyber-Security, Bilderreich mit großem Scanner, Digitaldruck und Bildbearbeitung, Sanli Technologies zur Analyse von Metallkonstruktionen sowie die Onino GmbH, die sich mit High-End-Design-Gadgets beschäftigt. Der aktuelle Vermietungsstand liegt bei 94 %, da derzeit ein Büro frei ist.

Stadtrat Jäckel dankt Herrn Braun für den Vortrag und hebt dessen ehrenamtliches Engagement hervor, das nicht selbstverständlich ist. Die aktuelle Vermietungssituation mit 94 % ist erfreulich, nachdem es bereits andere Zeiten gegeben hat. Im Hinblick auf RegioMORE erklärt Stadtrat Jäckel, er wolle den Antrag stellen, eine Bilanz darüber zu erstellen, welchen Nutzen das Projekt bislang gebracht hat, ob in den kleinen und mittleren Betrieben die angestrebte Frequenz erreicht worden ist und welche Kosten aufgelaufen sind. Dies muss nach seiner Auffassung nun hinterfragt werden. Zudem wünscht er, dass sich der Gemeinderat mit diesen Zahlen und mit dem weiteren Vorgehen befasst.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger dankt Herrn Braun für den Vortrag und die aus seiner Sicht erneut erfolgreiche Geschäftsführung. Die Räume waren nahezu durchgängig vollständig vermietet, was verlässliche Einnahmen sichert. Das BITS ist inzwischen schuldenfrei. Das Defizit liegt bei knapp über 33.000 Euro und damit auch unter Berücksichtigung der von Herr Braun dargestellten Korrektur weiterhin deutlich unter dem vom Gemeinderat gesetzten Limit. Stadtrat Prof. Dr. Ehinger greift sodann die Ausführungen zu RegioMORE auf und fragt, ob ein Auszugswunsch seitens RegioMORE bereits geäußert worden ist. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass der Wille zur Gründung neuer Firmen trotz intensiver Werbemaßnahmen derzeit überschaubar ist, was er in Krisenzeiten und angesichts technologischer Umbrüche für nachvollziehbar hält,

wenngleich solche Zeiten auch Chancen bieten. Ferner fragt er nach dem Erbbauvertrag mit der Stadt. Er führt aus, die BITS GmbH steht als Gesellschaft vollständig im Eigentum der Stadt Bühl, das Gebäude befindet sich auf einem städtischen Grundstück und die Restlaufzeit des Erbbaus endet Ende 2027. Das BITS zahlt hierfür etwas mehr als 4.100 Euro Erbbauzins. Er erkundigt sich, was nach 2027 vorgesehen ist und ob hierzu bereits Planungen bestehen.

Oberbürgermeister Bauernfeind erklärt zum Thema RegioMORE, dass nach dem Projektantrag eine Fläche von 200 Quadratmetern zugesagt worden ist. Diese Fläche hat im BITS jedoch nicht zur Verfügung gestanden. Deshalb ist das Projekt im BITS als Übergangslösung mit dem Ziel gestartet worden, das Vorhaben aufzusetzen und anschließend zu wachsen. Im aktuellen Stadium zeigt sich aus unterschiedlichen Gründen, auf die bei Gelegenheit näher eingegangen werden kann, dass das Modell mit zwei Räumen nicht funktioniert und die 200 Quadratmeter offenbar tatsächlich erforderlich sind. Deshalb hat man das Gespräch mit der Firma Schaeffler gesucht, die eine entsprechende Fläche anbieten kann. Derzeit laufen hierzu noch Gespräche; zudem ist man wegen der Förderung mit dem zuständigen Ministerium in Abstimmung. Aufgrund von Urlaubszeiten steht eine Antwort noch aus; diese wird möglichst vor der Sommerpause erwartet. In diesem Zusammenhang wird man sich insgesamt mit dem Thema befassen. Hinsichtlich des Erbbauverhältnisses erklärt er, da es sich um ein Erbpachtgrundstück der Stadt und zugleich um eine GmbH im vollständigen Eigentum der Stadt handelt, kann der Erbpachtvertrag kurzfristig verlängert werden; entsprechende Lösungen sind kurzfristig möglich, sofern dies gewünscht wird. Das Für und Wider wird zu gegebener Zeit diskutiert. Oberbürgermeister Bauernfeind betont darüber hinaus die grundsätzliche Bedeutung des BITS als Einrichtung für Existenzgründungen und als Flächenangebot für Kleinstbetriebe. Aus kommunaler Sicht wäre es wünschenswert, wenn sich aus den Gründungen nach einigen Jahren etablierte Unternehmen mit eigenem Flächenbedarf, zahlreichen Beschäftigten und entsprechenden Steuerzahlungen entwickelten. Teilweise sind Betriebe allerdings bereits länger im BITS ansässig, weshalb auch insoweit zu prüfen ist, wie man sich künftig aufstellt. Unabhängig von Standortfragen, Erbpachtverhältnissen oder personellen Fragen geht er jedoch davon aus, dass es in der Stadt Bühl auch künftig ein kommunales Angebot für derartige Flächen geben wird, wofür er sich einsetzen will.

Stadtrat Feuerer dankt Herrn Braun ebenfalls für die Vorstellung und dessen ehrenamtlichen Einsatz. Die Entwicklung ist stabil und mit steigender Tendenz, die Auslastung nahezu optimal, sodass dies insgesamt in Ordnung ist. Auch wenn sich die Wunschvorstellung, wonach aus Start-ups größere örtliche Unternehmen entstünden, nicht immer erfüllt, ist es für die Stadt Bühl wichtig, überhaupt eine Möglichkeit für Start-ups bereitzuhalten. Stadtrat Feuerer fragt, ob derzeit eine entsprechende Nachfrage nach Räumlichkeiten bestehe. Zudem verweist er auf das Thema RegioMORE, das mit großen Hoffnungen gestartet ist und zu dem das Gremium noch weitere Informationen erhalten wird. Schließlich stellt er zum Jahresabschluss eine konkrete Nachfrage zu einer Nachbuchung von 37.000 Euro im Jahr 2024, deren Bedeutung ihm noch nicht ganz klar ist.

Herr Braun erläutert auf die Nachfrage, dass der neue Wirtschaftsprüfer, eine andere Systematik anwendet. Die Verlustübernahme durch die Stadt Bühl wird nun in der Gewinn- und Verlustrechnung als Ertrag ausgewiesen. Es handelt sich daher nicht um eine sachlich-inhaltliche oder substanzielle Änderung, sondern allein um eine Frage der Darstellung.

Herr Braun beantwortet sodann die Frage zur Nachfrage nach Räumen. Diese ist eher noch weiter zurückgegangen. Das wirtschaftliche Umfeld ist derzeit nicht so, dass Start-ups gute Chancen haben. Herr Braun verweist in diesem Zusammenhang auf den Ukraine-Krieg, den Iran-Krieg sowie auf Zollaktivitäten und auf die Probleme großer Unternehmen in der Region. Da große Unternehmen häufig Kunden von Start-ups sind, wirkt sich eine sinkende Nachfrage dort auch auf Start-ups aus. Es gibt zwar weiterhin vereinzelt Anfragen; viele Interessenten wollen jedoch zunächst nicht in das BITS einziehen, sondern nehmen lediglich Beratungsleistungen in Anspruch und gründen ihr Unternehmen zunächst von zu Hause aus. Insgesamt ist der Trend auf ohnehin niedrigem Niveau weiter rückläufig.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer dankt Herrn Braun ausdrücklich für sein Engagement zugunsten des ehrenamtlichen Wirkens sowie für die von ihm erbrachte Beratung. Soweit diese Leistungen weitgehend ehrenamtlich erfolgten, stellen sie für alle, die von seiner Erfahrung profitieren können, einen großen Gewinn dar. Zugleich bedauert Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer, dass es derzeit weniger Bewerber gibt. Er erläutert, dass es in früheren wirtschaftlichen Abschwungphasen häufig vorkam, dass beim Personalabbau mitunter auch leistungsstarke und ideenreiche Personen betroffen waren, die anschließend gegründet haben, weil sie von einer späteren wirtschaftlichen Erholung ausgingen. Wenn sich diese Entwicklung nun verändert hat, brauche es seiner Auffassung nach umso mehr Personen wie Herrn Braun, die Gründer bei bürokratischen, finanziellen und fiskalischen Hürden beraten und unterstützen können. Ebenso betont er die Bedeutung der Innovationsfläche des BITS weil ohne Bereitschaft zum Wagnis keine Entwicklungschancen entstehen. Abschließend spricht er Herrn Braun seinen herzlichen Dank aus und äußert die Hoffnung.

Herr Braun erklärt abschließend, er habe ursprünglich geplant, den letzten Fünfjahresvertrag, der zum 30. Juni ausläuft, nochmals um ein Jahr zu verlängern. Dies könne er jedoch aufgrund veränderter privater Planungen nicht wahrnehmen. Er teilt daher mit, dass dies sein letzter Besuch in diesem Rahmen ist. Herr Braun nutzt die Gelegenheit, dem Gemeinderat ausdrücklich für die große Unterstützung des BITS in den vergangenen Jahren auf vielen Ebenen zu danken. Ferner bedankt er sich bei der Kommunalverwaltung, insbesondere bei Frau Bergmaier, mit der die Zusammenarbeit sehr gut gewesen ist und mit der man einiges auf den Weg bringen konnte. Darüber hinaus spricht er Herrn Lienhardt und der Presse seinen Dank aus, weil diese das BTS wohlwollend begleitet, in der Öffentlichkeit präsent gehalten und über Neuigkeiten berichtet haben. Herr Braun führt aus, er habe diese Aufgabe zehn Jahre lang wahrgenommen und hofft, hierbei einen Beitrag geleistet zu haben.

Stadtrat Teichmann schließt sich den zuvor geäußerten Dankesworten an und würdigt die Arbeit sowie das Engagement von Herrn Braun ausdrücklich. Er bedauert, dass Herr Braun verloren geht, und verweist darauf, dass man sich im Jahr 2027 nach einer neuen Person umsehen muss. Für den weiteren privaten Lebensabschnitt wünscht er Herrn Braun viel Erfolg.

Stadtrat Hirn führt aus, die regelmäßig an Herrn Braun gerichteten Dankesworte sind in hohem Maße verdient. Dass bereits zehn Jahre vergangen sind, verdeutlicht, wie schnell die Zeit vergeht. Er hebt hervor, die Vorträge von Herrn Braun sind stets fundiert gewesen und die Einrichtung sei wichtig. Zugleich verweist er darauf, dass die Perspektiven für junge Unternehmer derzeit aus unterschiedlichen Gründen nicht optimal sind, was an diesem Abend bereits mehrfach angesprochen worden ist.

Herr Braun weist ergänzend darauf hin, dass er das an ihn gerichtete Lob an den Gemeinderat zurückgeben möchte. Er führt aus, dass er in den vergangenen zehn Jahren jeweils zweimal jährlich im Gemeinderat anwesend gewesen ist, einmal zum Haushalt und einmal zum Jahresabschluss. Dabei hat er wahrgenommen, mit welchem Einsatz die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für die Stadt tätig sind. Dies erfordert erheblichen zeitlichen und intellektuellen Aufwand, da eine Einarbeitung in zahlreiche Sachverhalte notwendig ist. Dieses Engagement würdigt Herr Braun ausdrücklich und bezeichnet es als ehrenwert, weil es zum Zusammenhalt der Gesellschaft beiträgt.

Oberbürgermeister Bauernfeind dankt er Herrn Braun nochmals für die Vorstellung und kündigt an, dass man sich nochmals an anderer Stelle sehen werde. Ungeachtet dessen überreicht er bereits an diesem Abend ein kleines Geschenk der Stadt als Zeichen des Dankes.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Jahresabschluss 2025 der Bühler Innovations- und Technologie Start-ups GmbH Kenntnis und weist die Gesellschafterversammlung an, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2025 nebst Lagebericht und Anhang der BITS GmbH wird in der vorgelegten Fassung gebilligt und ist damit festgestellt.
2. Der Gemeinderat weist die von der Stadt Bühl entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der BITS GmbH an, den Jahresabschluss zum 31.12.2025 in der vorgelegten Fassung der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung zu empfehlen.
3. Der Jahresverlust (Fehlbetrag) 2025 sowie der nachträgliche Verlustübernahmebetrag für das Jahr 2024 wird aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Gemeinderates vom 26.03.2003 von der Muttergesellschaft Stadt Bühl als alleiniger Gesellschafterin übernommen und ausgeglichen. An dem ausgewiesenen und grundsätzlich zu übernehmenden Fehlbetrag wird die Abschreibung abgezogen, sodass die Muttergesellschaft nur den um die Abschreibung reduzierten Fehlbetrag zu übernehmen hat.
4. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2025 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 4: Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder der BITS GmbH für das Wirtschaftsjahr 2025

Oberbürgermeister Bauernfeind stellt fest, dass der Gemeinderat wegen Befangenheit oder Abwesenheit nicht beschlussfähig ist, weshalb der Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung nochmals behandelt wird, dort ist der Gemeinderat dann beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

TOP 5: Bühler Innovations- und Technologie StartUps GmbH; Aufnahme von Herrn Matthias Frietsch – stv. Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bühl

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt den Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung der BITS GmbH

- 1.) Herrn Matthias Frietsch, stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Bühl

als Aufsichtsratsmitglied in den Aufsichtsrat der BITS GmbH zu berufen. Herr Hans-Peter Schnurr wird als Aufsichtsratsmitglied der BITS GmbH abberufen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (22 Ja-Stimmen)

TOP 6: Erhöhung der Elternentgelte für die städtischen Kindertageseinrichtungen

Oberbürgermeister Bauernfeind verweist darauf, dass Tagesordnungspunkt bereits im Kultur- und Sozialausschuss vorberaten worden ist. Zugleich betont er, dass eine kontinuierliche Anpassung der Elternbeiträge sachgerecht ist, weil hierdurch größere sprunghafte Erhöhungen vermieden werden. Er hält es für wünschenswert, dass Land und Bund stärker tätig werden, damit die Eltern finanziell entlastet werden. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass sozial schwächer gestellte Familien bereits jetzt vergleichsweise gute Möglichkeiten haben, entsprechende Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen.

Stadtrat Feuerer erklärt für die CDU-Fraktion, dass Kindergärten und Betreuungseinrichtungen wichtige Einrichtungen für Gesellschaft sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstellen. Zugleich gehören sie zu den größten Ausgabenblöcken, wobei die Kommune auf wesentliche Kostenentwicklungen, insbesondere bei Personal- und Sachkosten, nur begrenzt Einfluss hat. Da diese Kosten auch tarifbedingt stetig steigen, sind jährliche beziehungsweise regelmäßige Anpassungen notwendig. Die Orientierung an den Empfehlungen des Städtetags und der Verbände ist daher richtig. Er führt aus, dass trotz der vorgesehenen Erhöhung die Zielmarke eines Kostendeckungsgrads von 20 % nicht erreicht wird. Diese Problematik besteht nicht nur in Bühl, sondern auch in anderen Kommunen. Angesichts enger werdender finanzieller Spielräume kann sich die Stadt ein weiteres Auseinandergehen von Aufwand und Erträgen nicht leisten. Stadtrat Feuerer begrüßt, dass auf Landesebene ein kostenloses Kindergartenjahr erwogen wird, auch wenn noch offen ist, welche finanziellen Auswirkungen dies konkret für die Stadt haben wird. Die CDU-Fraktion trägt die Entgelterhöhung mit, da eine kontinuierliche Erhöhung einer späteren sprunghaften Anpassung vorzuziehen ist.

Stadtrat Schultheiß dankt im Namen der FLB-Fraktion ausdrücklich Herrn Dürk und dessen Fachbereich, da die Abstimmung der Gebühren mit den anderen Trägern nicht einfach ist, dies hier jedoch gelungen ist. Er hebt hervor, dass heute eine Regelung in zwei Stufen für einen Zeitraum von zwei Jahren beschlossen wird und hofft, dass diese Festlegung für die kommenden zwei Jahre Bestand hat und keine unvorhergesehenen Entwicklungen dazwischenkommen.

Stadtrat Seifermann führt für die Grüne-Fraktion aus, Gebührenerhöhungen sind zwar unpopulär, gleichwohl aber erforderlich. Er beziffert den Kostendeckungsgrad auf 14 % und macht deutlich, dass damit der weit überwiegende Anteil der Kosten aus allgemeinen Steuermitteln getragen werden muss. Vor diesem Hintergrund befinden sich die Eltern in Bühl im Vergleich zu Nachbarstädten noch in einer günstigen Position, da dort teilweise deutlich höhere Kindergartenbeiträge verlangt werden. Im Hinblick auf das vom Land beabsichtigte verpflichtende dritte Kindergartenjahr äußert er die Erwartung, dass das Land die daraus entstehenden Kosten zu 100 % übernehmen muss; es muss der Grundsatz gelten, dass derjenige bezahlt, der bestellt. Dies entlastet die Kommunen. Zudem verweist Stadtrat Seifermann auf eine Entspannung bei den Kinderzahlen beziehungsweise bei der Unterbringungssituation, nachdem in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen notwendig waren, um nahezu alle Kinder unterbringen zu können. Diese Entspannung besteht zunächst zumindest für ein Jahr. Wäre dies nicht eingetreten, hätten nach seiner Darstellung im Vorjahr noch zwei zusätzliche Kindergärten gebaut werden müssen. Wenn die bestehenden Einrichtungen nun ausreichen, entstehen diese zusätzlichen Kosten nicht. Die Grüne-Fraktion stimmt der Vorlage daher zu, auch weil die Erhöhung aus ihrer Sicht maßvoll ausfällt und weitere finanzielle Verschlechterungen begrenzt werden müssen.

Stadträtin Lorenz erklärt für die FW-Fraktion, man stimmt der Vorlage ebenfalls zu. Es handelt sich um eine angemessene Anpassung für einen Zeitraum von zwei Jahren. Angesichts des bereits von den Vorrednern dargestellten zu geringen Kostendeckungsgrads ist die Zustimmung folgerichtig.

Stadtrat Hirn führt für die SPD aus, dass die Fraktion in dieser Diskussion traditionell eine klare Haltung hat. Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ beschreibt weiterhin die zentrale Differenz zwischen den kommunalen Belastungen und den Entscheidungen auf Landesebene in Stuttgart. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf unterschiedliche finanzielle Rahmenbedingungen anderer Länder, in denen gebührenfreie Kindergartenangebote möglich sind. Zwar gibt es nun Signale aus Stuttgart, diese sind jedoch mit Vorsicht zu betrachten. Die SPD-Fraktion hat in der Vergangenheit den Erhöhungen der Kindergartenbeiträge regelmäßig nicht zugestimmt. Man erkennt zwar die Empfehlungen des Städtetags, die Kostenentwicklung sowie die Bemühungen der Stadt an, wird sich diesmal jedoch anders verhalten und sich enthalten.

Stadtrat Jäckel erklärt für die FDP-Fraktion, dass der Deckungsgrad unzureichend ist. Da die Anpassung jedoch moderat ausfällt und die kommunalen Finanzen kaum Spielraum lassen, bleibt letztlich keine realistische Alternative. Er äußert die Hoffnung, dass auf Landesebene nun endlich ein Einstieg in eine bessere Regelung gefunden wird; noch besser ist aus seiner Sicht eine bundeseinheitliche Lösung anstelle eines Flickenteppichs unterschiedlicher Regelungen in den Ländern. Die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage zu. Zugleich verweist Stadtrat Jäckel darauf, dass niemand zurückgelassen wird, weil für Familien, die die Beiträge nicht leisten können, weiterhin Unterstützungs- und Entlastungsmöglichkeiten bestehen.

Oberbürgermeister Bauernfeind greift die vorangegangenen Wortmeldungen auf und betont, dass im Falle weitergehender Landesregelungen keine unzureichende oder nur teilweise Finanzierung zulasten der Kommunen entstehen darf. Er verweist hierbei ausdrücklich auf die Schulkindbetreuung, bei der derzeit von einer Kostendeckung von 68 % durch das Land gesprochen wird. Für den Bereich der Kindergärten muss vielmehr sichergestellt werden, dass abzüglich eines etwaigen Elternbeitrags möglichst keine Belastungen bei den Kommunen verbleiben. Er weist ferner darauf hin, dass ein mögliches Pflichtkindergartenjahr auch in der praktischen Umsetzung mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden wäre. In diesem Zusammenhang sieht er insbesondere Herausforderungen für den Landkreis als Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Mit Blick auf rückläufige Kinderzahlen mahnt er an, dass daraus nicht durch neue Regelungen, erhöhte Betreuungsschlüssel oder zusätzliche Flächenvorgaben mittelbar wieder höhere Personalaufwände pro Kind entstehen dürfen, sondern tatsächlich Entlastungen eintreten müssen. Er stellt fest, dass Herr Dürk und das gesamte Team die Entwicklung der Kinderzahlen und Betreuungsquoten im Blick haben und für eine bestmögliche Verteilung sorgen. Abschließend hebt er hervor, dass ein gutes Betreuungsangebot ein wesentlicher Standortfaktor für Unternehmen und Betriebe ist und die Stadt Bühl hier sehr gut aufgestellt ist und in die Region ausstrahlt. Entsprechende Investitionen sind daher weiterhin notwendig.

Stadtrat Seifermann kritisiert die Haltung der SPD-Fraktion. Er erklärt, die SPD lehnt seit Jahren entsprechende Gebührenerhöhungen ab und enthält sich nun lediglich. Angesichts der aus seiner Sicht desolaten Finanzsituation der Gemeinde hält er dies nicht für angemessen. Wenn in der Kommune um jeden Euro gerungen werden muss, ist eine grundsätzlich ablehnende Haltung bei vielen Punkten nicht sachgerecht.

Stadtrat Gretz begründet die Enthaltung der SPD-Fraktion inhaltlich. Wäre die gleiche Stringenz bei allen Gebührenanpassungen angewandt worden wie jährlich bei den Kindergartenbeiträgen, hätte man auch in anderen Bereichen regelmäßig nachsteuern müssen. Er nennt in diesem Zusammenhang die Kosten für Vereine, die Friedhofsgebühren sowie die Vergnügungssteuer, die nach seiner Darstellung zuletzt 2008 erhöht worden ist, obwohl andere Kommunen hier regelmäßiger anpassten. Deshalb kann man der SPD-Fraktion nicht vorwerfen, bei den Kindergartenbeiträgen Zurückhaltung einzufordern.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Elternentgelte für die städtischen Kindertageseinrichtungen ab dem 01.09.2026 und ab dem 01.09.2027 in nachfolgender Höhe festzulegen (Abrechnungsbasis 12 Monate):

Elternentgelte	01.09.2026	01.09.2027
<u>Entgelte für Kinder von 3 bis 6 Jahren:</u>		
Regelbeitrag für das Erstkind	131,00 €	136,00 €
Regelbeitrag für das Zweitkind	65,50 €	68,00 €

Inanspruchnahme verlängerter Betreuungszeiten	38,00 €	40,00 €
Beitrag Spielgruppe für Flüchtlingskinder	81,00 €	85,00 €
Beitrag Ganztagsbetreuung ohne Essen		
Betreuungszeit bis 9,0 Stunden ohne Unterbrechung	212,00 €	220,00 €
Betreuungszeit bis 10,50 Stunden ohne Unterbrechung (Bühler Kinderhaus und Kind & Co. Weitenung)	241,00 €	251,00 €
Ermäßigung für Zweitkinder	65,50 €	68,00 €

Elternentgelte	01.09.2026	01.09.2027
<u>Elternentgelte Krippenkinder (Kinder < 3 J.):</u>		
Regelbetreuung	197,00 €	205,00 €
Betreuungszeit bis 6,5 Stunden (VÖ)	240,00 €	250,00 €
Ganztagsbetreuung bis 9,0 Stunden ohne Unterbrechung	345,00 €	360,00 €
Ganztagsbetreuung bis 10,50 Std. ohne Unterbrechung incl. Essen (Bühler Kinderhaus und Kind & Co. Weitenung)	399,00 €	415,00 €
<u>Essensgeld:</u>		
Frühstück	18,00 €	18,00 €
Mittagessen 5x/Woche	85,00 €	85,00 €
Mittagessen 2x/Woche	34,00 €	34,00 €
Das dritte Kind einer Familie ist immer beitragsfrei, es wird lediglich ein Essensanteil erhoben.		
Für die Eingewöhnung werden 75 % des maßgeblichen Entgeltes (ohne Essensanteil) erhoben. Beginnt die Eingewöhnung erst in der zweiten Monatshälfte werden 50 % des Eingewöhnungsbeitrages berechnet.		

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

TOP 7: Interimsmaßnahme „Energetische Sanierung Windeck-Gymnasium Bühl“

Stadtrat Feuerer erklärt für die CDU-Fraktion, die nunmehr erforderliche Verlängerung ist von Anfang an befürchtet worden und letztlich erwartbar gewesen. Es handelt sich um einen

erheblichen zusätzlichen Kostenblock, der seiner Ansicht nach andernfalls für bauliche Maßnahmen, Wünsche oder Ausstattungen hätte verwendet werden können, die der Schule unmittelbar zugutegekommen wären. Eine tatsächliche Handlungsalternative besteht jedoch nicht, da ein Unterricht im Freien nicht in Betracht kommt und deshalb eine Verlängerung der Containernutzung notwendig ist. Die Gründe für die Verzögerungen sind bekannt und unter anderem auch bereits in der Berichterstattung dargestellt worden; bei derartigen Projekten muss mit baulichen Verzögerungen grundsätzlich gerechnet werden. Kritisch merkt er an, dass die Zeitspanne zwischen dem Start der Containeranmietung und dem tatsächlichen Baubeginn möglicherweise vermeidbar gewesen wäre, wodurch sich unter Umständen Kosten hätten einsparen lassen. Seine Fraktion wird den Mehrkosten daher mit einem gewissen Frust zustimmen.

Bürgermeister Fritz stellt klar, dass die ursprünglich vereinbarte Laufzeit der Container nichts mit der geplanten Bauzeit korreliert; eine entsprechende Gleichsetzung ist ein Missverständnis. Ausgeschrieben worden sind Laufzeiten von 24, 30 und 36 Monaten; entschieden habe man sich für einen Anbieter mit 30 Monaten, wobei man mit diesem einen Vertrag über 24 Monate ausgehandelt hat, verbunden mit der Option, jeweils um einen Monat zu verlängern. Dies ist in Kenntnis dessen erfolgt, dass die Laufzeit voraussichtlich nicht ausreichen wird, um größtmögliche Flexibilität zu sichern. Hätte sich die Bauzeit verkürzt, wäre dies vorteilhaft gewesen; bei längerer Bauzeit entstehen zwar Mehrkosten, jedoch ist die gewählte Konstruktion aus seiner Sicht sachgerecht gewesen. Zudem verweist Bürgermeister Fritz darauf, dass der Gemeinderat auf Vorschlag der Verwaltung die Ausschreibung für den Rohbau aufgehoben hat, was richtig gewesen ist und unterm Strich zu Einsparungen von 2,5 Millionen Euro geführt hat. Auch wenn nun Mehrkosten für die Container hinzukommen, verbleiben nach seiner überschlägigen Berechnung immer noch ein Vorteil von etwa 1,9 Millionen Euro. Weiter führt er aus, dass unvorhersehbare Betoninstandsetzungsarbeiten an den Decken erforderlich geworden sind; diese hat niemand voraussehen können. Zwar gibt es bei Baumaßnahmen regelmäßig Unwägbarkeiten, gleichwohl darf die Verwaltung bei Zeitplanung und Ausschreibung nicht von außergewöhnlichen Störungen ausgehen, sondern muss normale Abläufe zugrunde legen, da eine von vornherein verlängerte Kalkulation auch Signale an ausführende Firmen sendet. Die Mehrkosten werden daher durch die zuvor erreichte Ersparnis mehr als kompensiert.

Stadtrat Schultheiß hält für die FLB-Fraktion fest, dass man es sehr bedauert, dass sich die Laufzeit des Projekts deutlich verlängert. Dies ist insbesondere mit Blick auf den Schulbetrieb nachteilig, da sich die Schule nun faktisch auf beinahe ein weiteres Schuljahr einstellen muss. Die Gründe hierfür sind bekannt; gleichwohl sieht man keine Alternative zur Zustimmung und hofft, dass keine weiteren Schwierigkeiten eintreten.

Bürgermeister Fritz ergänzt zur Laufzeit, dass zunächst eine Verlängerung um sechs Monate kommuniziert wurde, womit man bis zum Schuljahresbeginn 2027/2028 gekommen wäre. Inzwischen kommen effektiv weitere drei Monate hinzu, sodass nunmehr ein Fertigstellungstermin zum Dezember 2027 im Raum steht.

Oberbürgermeister Bauernfeind konkretisiert daraufhin, dass der Umzug demnach im Januar 2028 erfolgen kann.

Stadträtin Gässler erklärt für die Grüne-Fraktion, dass man bereits damals bezweifelt hat, dass eine so große Sanierungsmaßnahme ohne unvorhergesehene Ereignisse verläuft. Aus Sicht ihrer Fraktion bestätigt die jetzige Entwicklung die seinerzeit vertretene Auffassung, dass die Container gekauft und später wieder veräußert werden sollen. Ergänzend fragt sie, ob geprüft worden ist, ob die im Windeck-Gymnasium geplante Kühlung für die künftig zu erwartenden Temperaturen ausreicht.

Herr Thome, Bauen erläutert, dass nach den aktuellen fachlichen Erkenntnissen und unter Einbeziehung von Bauphysikern geplant wird. Die Behaglichkeitskriterien sind anhand der

vorgesehenen Maßnahmen durchgerechnet worden und fallen im Ergebnis sehr gut aus. Vorgesehen sind nicht nur Kühldecken, sondern auch Raumlüftungsgeräte beziehungsweise eine Lüftungsanlage, sodass man tatsächlich von einer Klimatisierung sprechen kann und nicht lediglich von einer Spitzenlastkühlung. Die Anlage ist auf die Belegungsstärke der Klassen, die Abwärme der Technik und weitere Rahmenbedingungen ausgelegt. Für die Zukunft ist man damit nach heutigem Kenntnisstand sehr gut aufgestellt; gleichwohl kann niemand exakt berechnen, welche Extremtemperaturen künftig auftreten würden. Die Planung muss sich daher an den gegenwärtig verfügbaren Erkenntnissen orientieren, weil weitergehende Annahmen baulich regelmäßig nicht darstellbar sind.

Stadtrat Ott erklärt für die FW-Fraktion, dass Bauverzögerungen stets ärgerlich sind, bei einem Bauen im Bestand und insbesondere bei einem solchen Objekt aber nicht vollständig auszuschließen. Die beiden in der Vorlage genannten Ursachen, nämlich die Rücknahme der Rohbaumaßnahmen und die Betonsanierungsarbeiten, haben nun zu der Verzögerung geführt. Er erinnert daran, dass man sich seinerzeit bewusst für die Rücknahme der Rohbaumaßnahmen entschieden hat und bezeichnet dies als richtig, weil dadurch rund 2 Millionen Euro eingespart worden sind. Auch die Betonsanierungsarbeiten sind aus seiner Sicht nicht vorhersehbar gewesen, da der tatsächliche Zustand erst nach Öffnung der Konstruktion sichtbar geworden ist. Im Hinblick auf das Projekt „Rathaus III“ bittet er die Verwaltung jedoch, die Bausubstanz sowie die statisch tragenden Teile eingehend zu überprüfen, damit eine möglichst verlässliche Kostenschätzung als Beratungsgrundlage vorliegt.

Stadtrat Hirn erklärt für die SPD-Fraktion, dass der Gemeinderat gelegentlich auch unliebsame Entscheidungen treffen muss. Im vorliegenden Fall sind hierfür die notwendige Neuausschreibung sowie die Problematik der Decken ursächlich. Rückblickende Überlegungen, ob ein Abriss und Neubau oder ein anderes Vorgehen richtiger gewesen wären, führen aus seiner Sicht nicht weiter, da man zum damaligen Zeitpunkt davon ausgegangen ist, dass die Container benötigt werden und eine Verlängerung nicht erforderlich wird. Die SPD-Fraktion wird deshalb zustimmen, wenn auch nicht mit Begeisterung.

Stadtrat Jäckel erklärt für die FDP-Fraktion, dass er sich nicht an rückblickenden Spekulationen beteiligen möchte, da diese nichts ändern. Die Maßnahme muss beschlossen werden, auch wenn er hinterfragt, ob der Zeitansatz für die Instandsetzung angemessen ist. Letztlich muss man die Situation jedoch akzeptieren. Entscheidend ist für ihn, dass man trotz der zusätzlichen Belastungen im Gesamtkostenrahmen bleibt; die FDP-Fraktion stimmt daher zu.

Bürgermeister Fritz stellt hierzu nochmals klar, dass die Aufhebung der Rohbauausschreibung zu einer Verzögerung von etwa sechs Monaten geführt hat. Die übrige Zeit entfällt auf die Betoninstandsetzung; dabei handelt es sich nicht um acht Monate, sondern um rund drei Monate.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den bestehenden Mietvertrag der Interimsmaßnahme / Containeranlage der Firma KB Container GmbH aus Schlüsselfeld bis zum 31.12.2027 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 8: Mietzuschuss für die Bühler Tafel e.V.

Oberbürgermeister Bauernfeind führt aus, dass es sich bei der Bühler Tafel um eine sehr wichtige Einrichtung handelt. Er erläutert, dass in der kommunalen Familie hierfür ein Gesamtbetrag in Höhe von 25.000,00 € bereitgestellt wird. Die Verteilung erfolgt nach einem Verteilschlüssel, bei dem berücksichtigt wird, wie viele Kundinnen und Kunden der Tafel aus den jeweiligen Orten

kommen. Auf dieser Grundlage wird der Zuschuss anteilig auf die beteiligten Kommunen umgelegt. Aus seiner Sicht soll dieses Verfahren weiterhin in gleicher Weise gehandhabt werden, sodass auch künftig jede Kommune ihren Anteil entsprechend dieses Schlüssels leistet.

Stadtrat Schultheiß betont, dass der heute zu fassende Beschluss auch für die Folgejahre vorgesehen ist, allerdings unter der Voraussetzung, dass der Gesamtbetrag von 25.000,00 € bestehen bleibt. Es wird angeregt, den Beschluss um den Zusatz zu ergänzen, dass alle beteiligten umliegenden Gemeinden weiterhin ihren prozentualen Anteil leisten müssen. Für den Fall, dass sich daran etwas ändert und eine oder mehrere Gemeinden aus der Finanzierung ausscheiden, soll die Angelegenheit erneut in den Gemeinderat zurückverwiesen werden, damit eine erneute Beratung erfolgt.

Oberbürgermeister Bauernfeind erklärt hierzu, dass dieser Zusatz gerne aufgenommen wird; maßgeblich ist, dass die Kommunen weiterhin beteiligt bleiben und der bisherige Verteilschlüssel fortbesteht.

Stadtrat Seifermann erklärt, dass man die umliegenden Gemeinden ausdrücklich dafür würdigen soll, dass sie sich an der Finanzierung der Bühler Tafel beteiligen. Er hebt hervor, dass dies als Beispiel einer guten interkommunalen Zusammenarbeit zu bewerten ist, da die beteiligten Gemeinden sich nicht ihrer Verantwortung entziehen. Zugleich betont er, es ist wichtig, dass diese Beteiligung auch künftig erhalten bleibt.

Oberbürgermeister Bauernfeind stellt hierzu klar, dass die Festlegung auf den Gesamtzuschuss von 25.000,00 € von Anfang an unter der Prämisse erfolgt ist, dass sich alle Kommunen entsprechend beteiligen.

Stadtrat Jäckel ergänzt, dass dies seinerzeit Konsens gewesen ist. Zwar können Gemeinden theoretisch erklären, sich nicht mehr beteiligen zu wollen, jedoch kann in einem solchen Fall auch die Tafel ihr Angebot auf den Bereich Bühl beschränken. Damit wird deutlich, dass es sich um ein wechselseitiges Geben und Nehmen handelt und ein einseitiger Ausstieg für die betroffenen Gemeinden praktische Konsequenzen hat. Diese müssen sich dann gegebenenfalls an eine andere Tafel wenden.

Oberbürgermeister Bauernfeind formuliert abschließend den ergänzten Beschlussvorschlag dahin gehend, dass dieser gilt, sofern sich der Gesamtzuschussbetrag von 25.000,00 € nicht ändert und die Verteilung aufgrund der Anzahl der beteiligten Kommunen unverändert bleibt.

Beschluss:

Der Verein Bühler Tafel e.V. erhält für das Jahr 2026 von der Stadt Bühl einen anteiligen Mietzuschuss von 14.750 Euro. Die Zusage der Übernahme des anteiligen Zuschussbetrages durch die Stadt Bühl gilt für die kommenden Jahre weiterhin, solange sich der zugrunde gelegte Gesamtzuschussbetrag von 25.000 Euro nicht ändert und die Verteilung aufgrund der Anzahl der beteiligten Kommunen unverändert bleibt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 9: Zuschüsse an sporttreibende Vereine im Jahr 2026

Oberbürgermeister Bauernfeind erklärt, dass sowohl für die sporttreibenden Vereine als auch im nachfolgenden Punkt für die kulturtreibenden Vereine jeweils ein Zuschuss vorgesehen ist. Da es sich hierbei um einen kommunalpolitisch bedeutsamen Gegenstand handelt, spricht er sich dafür aus, die Beratung geordnet der Reihe nach durchzuführen und den Fraktionen Gelegenheit für kurze Stellungnahmen zu geben.

Oberbürgermeister Bauernfeind betont, dass es sich hierbei um eine erhebliche Summe handelt, die die Stadt Bühl den Vereinen zur Verfügung stellt. Er erklärt, diese Unterstützung ist aus seiner Sicht richtig und wichtig, weil Bühl sich als Sportstadt versteht und dem Ehrenamt eine besondere Bedeutung zukommt. Zugleich hebt er hervor, dass es von zentraler Bedeutung ist, dass sich die Menschen bewegen und sportlich betätigen. Er verweist ferner auf die gegenwärtig wirtschaftlich schwierigen Zeiten und macht deutlich, dass die Förderung der Vereine unter diesen Rahmenbedingungen umso wichtiger ist.

Stadtrat Feuerer erklärt, die Vereine sind aus seiner Sicht von sehr hoher Bedeutung und leisten engagierte Arbeit. Die Beibehaltung der Zuschüsse ist gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Wertschätzung angezeigt, obwohl die finanziellen Rahmenbedingungen schwierig sind. Er führt aus, dass er persönlich aufgrund seiner Kenntnisse über die Vereinsarbeit sogar eine weitergehende Unterstützung für wünschenswert hält; dies lässt die Haushaltslage jedoch nicht zu. Zugleich weist er darauf hin, dass die Vereine unter rückläufigen Einnahmen, etwa im Bereich der Werbung, leiden und ihre finanzielle Situation teils angespannt ist. Deshalb ist es wichtig, die Vereine in der gegenwärtigen Lage zu stabilisieren. Für den Bereich Sport wie auch Kultur kündigt er Zustimmung an und äußert den Wunsch, diese Unterstützung dauerhaft beizubehalten.

Stadtrat Schultheiß hebt für die FLB-Fraktion den Dank an die Ehrenamtlichen, insbesondere an jene mit Verantwortung in Funktions- und Vorstandsämtern sowie in der Ausbildung und als Trainerinnen und Trainer, nochmals hervor. Zugleich appelliert er an die Bevölkerung und insbesondere an jüngere Menschen, sich ehrenamtlich zu engagieren und auch verantwortungsvolle Funktionen in den Vereinen zu übernehmen. Für die Freie Liste wird die Zustimmung zur Vorlage erklärt.

Stadtrat Seifermann erklärt für die Grüne-Fraktion, ein Betrag von 180.000 € für Sport und Kultur stelle eine angemessene Unterstützung für die gute und wertvolle Arbeit der Vereine dar. Besonders hervorgehoben wird dabei deren Bedeutung für Kinder und Jugendliche. Auch seitens der Grünen wird Zustimmung signalisiert.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer betont für die Freie Wähler-Fraktion ausdrücklich die erhebliche Leistung der Vereine. Er weist darauf hin, dass die von den Sportvereinen und kulturtreibenden Vereinen erbrachten Angebote, wenn sie durch städtische Beschäftigte geleistet werden müssten, finanziell nicht darstellbar wären. Vor diesem Hintergrund bezeichnet er die vorgesehenen Zuschüsse als wirtschaftlich sehr günstige Unterstützung und erklärt, dass die Freie Wähler-Fraktion sowohl den Zuschüssen für die Sportvereine als auch jenen für die kulturtreibenden Vereine zustimmen.

Stadtrat Gretz spricht im Namen der SPD-Fraktion den Vereinen Dank aus und stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Jäckel erklärt für die FDP-Fraktion, dass die Unterstützung außer Frage steht. Es ist bereits mehrfach betont worden, dass hiermit in entscheidender Weise auch die Jugendarbeit gefördert wird; gerade dies ist ein zentrales Anliegen. Die FDP-Fraktion stimmt deshalb ebenfalls zu.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende Zuschüsse an sporttreibende Vereine für das Jahr 2026:

Verein	Zuschuss
TV Bühl	29.436 €
TV Eisental	8.672 €

Gymnastikgruppe Moos	2.677 €
SV Kappelwindeck	18.275 €
VfB Bühl	15.668 €
SV Altschweier	6.114 €
SC Eisental	4.929 €
SV Neusatz	6.055 €
SV Vimbuch	14.835 €
SV Weitenung	6.480 €
Taekwon Do Schule Olymp Bühl	2.377 €
Bushido Bühl	899 €
Budozentrum Dokan	2.914 €
Schützenverein Ritter Reinhard Kappelwindeck	781 €
Schützenverein Schartenberg Eisental	1.136 €
Schützenverein Alt Windeck Neusatz	544 €
Tennisclub Vimbuch	3.092 €
TC Bühl	4.194 €
Reit- u. Fahrverein St. Leonhard	4.549 €
Ski-Club Bühl	632 €
Ski-Club Immenstein Neusatz	1.024 €
Rennrodelclub Weißer Blitz	702 €
Langlaufzunft Burg Windeck	210 €
Radfahrerverein Sturmvogel Moos	210 €
Seglergemeinschaft Rheinmünster-Bühl	229 €
Tauchsportverein Mittelbaden	210 €
Bühler Boule Club	210 €
Sportkegelclub Rot-Weiss Bühl	210 €
Modellsportverein Bühl	465 €
Behinderten Sportverein	249 €
Frauengymnastik Altschweier	504 €
Turnier Tanz Club Bühl	249 €
Gleitschirmfreunde Bühl-Bühlertal	249 €
Summe Sportvereine	138.980 €
DRK-Seniorengymnastik	170 €
Altenwerk Altschweier (Gymnastik)	170 €
Senioren-gemeinschaft Vimbuch	170 €
Frauengemeinschaft Balzhofen	170 €
Tischtennisgemeinschaft Balzhofen	170 €
Frauengemeinschaft Oberbruch	170 €
Summe Gemeinschaften	1.020 €
Summe Sportvereine u. Gemein-sch.	140.000 €

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 10: Förderung von kulturtreibenden Vereinen

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Zuschüsse an die kulturtreibenden Vereine für das Jahr 2026 – wiederum als Pauschale – wie folgt zu gewähren:

- MännerChor Altschweier e.V.	930,- €
- Gemischter Chor Cantiamo Vimbuch	930,- €
- Gesangsverein Weitenung	930,- €
- Chorgemeinschaft Harmonie Bühl	930,- €
- Bühler Frauenchor	930,- €
- Katholischer Kirchenchor Bühler Tal (Altschweier)	130,- €
- Kirchenchor „St. Peter und Paul“ Bühl	250,- €
- Gemeinde in der Konkordia e.V.	250,- €
- Evangelischer Kirchen- und Posaunenchor Bühl	250,- €
- Musikverein Altschweier	2.560,- €
- Musikverein Balzhofen	3.150,- €
- Musikverein Eisental	3.150,- €
- Musikverein Moos	3.150,- €
- Musikverein Neusatz	3.150,- €
- Musikverein Oberbruch	3.150,- €
- Musikverein Vimbuch	3.150,- €
- Musikverein Weitenung	3.150,- €
- Musikverein Kappelwindeck	3.150,- €
- Fanfarenzug „Windeck“ Bühl	1.400,- €
- Kammerorchester Bühl – Achern	930,- €
- Narrengemeinschaft „Allda“ Kappelwindeck	700,- €
- Dorfgemeinschaft Balzhofen	580,- €
- Narrengemeinschaft „Mondglunkerle“ Weitenung	580,- €
- Schartenberghexen Eisental	700,- €
- Narrengemeinschaft „Feurio Vimbi“	580,- €
- Bühler Hexen	700,- €
- Narrengemeinschaft „Niesatzer Hurzle“	580,- €
- Narrengesellschaft Narrhalla Bühl	580,- €

	40.620,- €

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 11: Beteiligungsbericht 2024

Stadtrat Feuerer hebt hervor, dass ihm das positive Jahresergebnis des Schlachthofs aufgefallen ist. Er führt aus, dass man dort in der Vergangenheit unter anderen Voraussetzungen beziehungsweise mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hatte, weshalb er die aus seiner Sicht gute Entwicklung ausdrücklich erwähnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Beteiligungsbericht 2024 Kenntnis.

TOP 12: Beschaffung von mobilen Zufahrtssperren

Oberbürgermeister Bauernfeind führt aus, dass sich die Sicherheitslage verschärft, die Anforderungen an Schutzkonzepte steigen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung von

Bedeutung ist. Das Thema ist bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen behandelt worden; es herrscht Einigkeit darüber, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Nach Abwägung unterschiedlicher Modelle mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen ist man zu dem nun vorgeschlagenen System gelangt, das dementsprechend beschafft werden soll.

Stadtrat Seifermann erklärt, dass es traurig ist, dass eine solche Beschaffung überhaupt erforderlich ist. Angesichts zahlreicher Vorfälle, bei denen Fahrzeuge in Menschenmengen gefahren sind, hält er eine möglichst gute Absicherung jedoch für richtig. Die Auswahl des Systems bewertet er als vernünftig, insbesondere weil es innerorts mit einem Hubwagen eingehängt und bei Bedarf bewegt werden kann. Zugleich weist er darauf hin, dass die vorgesehene Anzahl der Elemente noch gering ist. Vor diesem Hintergrund regt er an, gemeinsam mit anderen Kommunen in Mittelbaden eine interkommunale Zusammenarbeit aufzubauen, etwa in Form eines „mittelbadischen Pollerpools“. Dadurch kann erreicht werden, dass mobile Zufahrtssperren bei Veranstaltungen wechselseitig auch in Baden-Baden, Bühl, Achern oder Rastatt eingesetzt werden, soweit dies zeitlich möglich ist. Dies kann sowohl die Kosten verringern als auch die Sicherheit erhöhen.

Oberbürgermeister Bauernfeind bewertet diesen Vorschlag als guten Ansatz. Er gibt jedoch zu bedenken, dass bestimmte Veranstaltungen, insbesondere Adventsmärkte, zeitgleich stattfinden, was die gemeinsame Nutzung einschränkt. Gleichwohl ist die Verwaltung in dieser Frage bereits tätig.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger führt aus, dass es erschreckend ist, dass Fahrzeuge als Waffe für terroristische Anschläge eingesetzt werden. Deshalb ist die Anschaffung eines solchen Systems zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll. Nach eigener Recherche im Internet hält er das ausgewählte System unter den verfügbaren Varianten für eines der besten, da es die meiste Energie absorbiert. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die Anhaltstrecke bei einem 7,5-Tonner, der mit 55 km/h auf die Sperre auftreffen würde, nahezu 35 Meter beträgt. Dieser Umstand muss bei der Aufstellung berücksichtigt werden. Er schildert ergänzend die Funktionsweise des Systems dahingehend, dass das Element beim Aufprall kippt, sich das Fahrzeug dadurch aufstellt und nicht mehr weiterfahren kann, wobei die physikalisch bedingte Restbewegung dennoch zu beachten ist. Ferner fragt er nach der Funktion des „Moover“, da in den von ihm eingesehenen Darstellungen überwiegend ein Gabelstapler zum Bewegen der Elemente gezeigt worden ist.

Oberbürgermeister Bauernfeind erläutert hierzu, dass es sich beim „Moover“ vereinfacht gesagt um einen Handkarren handelt, mit dem die Sperre eingehängt und händisch herausgezogen werden kann. In den im Internet gezeigten Darstellungen ist dies nicht hinreichend deutlich geworden.

Stadtrat Hirn unterstützt die Einlassung von Stadtrat Seifermann und betont, die Notwendigkeit solcher Maßnahmen ist nicht nur traurig, sondern „abgrundtief traurig“. Er regt ebenfalls an, zu prüfen, ob umliegende Kommunen parallel vergleichbare Systeme beschaffen, sodass gegebenenfalls eine gegenseitige Ausleihe möglich wird. Zugleich hebt er hervor, dass eine solche Entwicklung für traditionelle Feste der Stadt und der Nachbarkommunen vor wenigen Jahren noch kaum vorstellbar gewesen ist.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer erklärt für die Freie Wähler-Fraktion, dass ein Betrag von 200.000,00 € in diesem Zusammenhang viel Geld ist. Es ist bedauerlich, dass diese Investition notwendig ist. Zugleich muss man sich darüber im Klaren sein, dass auch mit den nun zu beschaffenden und künftig gegebenenfalls weiteren Zufahrtssperren keine absolute Sicherheit erreicht werden kann. Dennoch stimmt er zu, da es sich um einen ersten wichtigen Schritt handelt. Zudem ist die Maßnahme für die Veranstaltungsleitung bedeutsam, weil dadurch nachgewiesen werden kann, dass alles beziehungsweise vieles Erdenkliche unternommen worden ist und nicht unverändert an bisherigen Verfahren festgehalten wird. Ergänzend regt auch

er an, Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen bei nicht zeitgleichen Veranstaltungen zu prüfen.

Stadtrat Jäckel erklärt, dass der von Stadtrat Seifermann unterbreitete Vorschlag gut ist. Möglicherweise können sogar Kostenbeteiligungen erreicht werden. Zwar ist der Adventszeitraum problematisch, weil entsprechende Veranstaltungen gleichzeitig stattfinden, viele andere Feste liegen jedoch über das Jahr verteilt, sodass gegenseitige Unterstützung realistisch erscheint. Die Maßnahme sieht er als wichtigen Beitrag zur Sicherheit von Veranstaltungen an.

Oberbürgermeister Bauernfeind stellt abschließend fest, dass man übereinstimmend hofft, dass die mobilen Zufahrtssperren niemals tatsächlich im Einsatz gegen einen solchen Angriff erlebt werden müssen. Ungeachtet einzelner technischer Fragen ist die Stadt in der Verantwortung, weiterhin ein lebendiges Gemeinwesen mit vielen Veranstaltungen zu ermöglichen und sich hierfür angemessen abzusichern. Er führt aus, dass die Verwaltung hierzu bereits mit anderen Kommunen im Austausch steht, sowohl in der sogenannten Südschiene als auch mit den Großen Kreisstädten und dem benachbarten Landkreis. Daher geht man davon aus, mittelfristig zu einem gut organisierten Konzept zu gelangen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, der Firma Tovar Rental | Mobile Energy GmbH & Co. KG, Haus Uhlenkotten 40, 48159 Münster, den Auftrag zur Lieferung von 23 OkaBlock TR sowie 3 OkaMovern mit einer Auftragssumme in Höhe von 177.488,50 € zu erteilen

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (20 Ja-Stimmen)

TOP 13: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Virtuelles Amt

Heute wurde das virtuelle Amt gestartet. Der Acher- und Bühler Bote hat darüber berichtet. Die Stadt erweitert damit das digitale Serviceangebot. Ausgewählte Dienstleistungen des Bürgerbüros können die Bürger nun bequem von zuhause aus über eine Videokonferenz erledigen – ohne den Weg ins Rathaus, aber dennoch mit einer persönlichen Beratung durch die Mitarbeitenden. Das Virtuelle Amt steht damit für einen einfachen und zeitgemäßen Kontakt zur Verwaltung

Feuerwehreinsätze bei der Extremhitze

Die Freiwillige Feuerwehr musste vergangene Woche bei durchgängiger extremer Hitze insgesamt 15-mal zu unterschiedlichsten Einsatzlagen ausrücken. Bei diesen herausfordernden Bedingungen zeigte sich, wie leistungsstark und professionell unsere Feuerwehr aufgestellt ist. Ein herzlicher Dank geht an alle ehrenamtlichen Einsatzkräfte für ihr Engagement.

Die letzte Woche hat erneut gezeigt, wie drängend das Thema Hitzevorsorge ist. Es ist davon auszugehen, dass vergleichbare Hitzeperioden künftig wieder auftreten werden. Die Verwaltung befasst sich deshalb, auch mit Blick auf die Bildungseinrichtungen, intensiv mit dem Thema. Der Hitzeaktionsplan ist hierbei ein wesentliches Arbeitsfeld. Positiv hebt er zugleich niedrigschwellige und unkomplizierte Maßnahmen hervor, darunter die von Stadtrat Walter Seifermann mit initiierte Vernebelungsanlage. Nach seiner Darstellung sind dies erste wichtige Angebote. Die Verwaltung insgesamt wird sich weiter mit dem Hitzeaktionsplan befassen und hierzu Vorschläge unterbreiten.

Informationsweitergabe an den Gemeinderat

Stadtrat Jäckel kritisiert die Informationsweitergabe an den Gemeinderat. Er erklärt, dass es wünschenswert ist, wenn der Gemeinderat über absehbare Entwicklungen vorab zumindest in Form einer kurzen Notiz informiert wird, anstatt hiervon erst über die Zeitung zu erfahren. Als Beispiel nennt er die Entscheidung, das Schwimmbad nicht zu erweitern. Auch wenn er die Sache inhaltlich nachvollziehen kann, ist es aus seiner Sicht problematisch, wenn Gemeinderatsmitglieder gegenüber Bürgerinnen und Bürgern ohne Vorabinformation auf entsprechende Presseberichte reagieren müssen.

Oberbürgermeister Bauernfeind sagt zu, zu prüfen, wie die Kommunikation künftig verbessert werden kann. Zugleich verweist er auf den grundsätzlichen Spannungsbogen zwischen Transparenz in öffentlichen Sitzungen und dem Verzicht darauf, Themen zunächst nichtöffentlich vorzubereiten.

Baumfällung im Wohngebiet

Stadträtin Gässler greift erneut das Thema Hitze auf und berichtet von einer Rückmeldung aus der Bürgerschaft im Zusammenhang mit dem beworbenen Hitzeaktionstag. Eine Bürgerin hat sich verärgert darüber geäußert, dass in ihrem Wohnumfeld ein Baum gefällt worden ist. Nach Darstellung von Stadträtin Gässler ist dies im Zuge der Umbaumaßnahmen in der Geppertstraße erfolgt, damit die Umleitung funktioniert. Die Forderung nach einer Ersatzpflanzung ist offenbar mit der Begründung zurückgewiesen worden, an dieser Stelle könne kein neuer Baum gesetzt werden, weil dies die Kanalisation beeinträchtigen würde. Stadträtin Gässler erklärt, eine solche Antwort ist aus ihrer Sicht nicht akzeptabel; wenn ein Baum gefällt wird, muss grundsätzlich Ersatz geschaffen werden. Sie bittet um Prüfung des Vorgangs und kündigt an, der Verwaltung hierzu auch ein Foto zur Verfügung stellen zu können.

Oberbürgermeister Bauernfeind sagt zu, den Sachverhalt aufzuklären.

Hitzesituation

Stadtrat Seifermann kommt ebenfalls auf die Hitzesituation zurück und bezeichnet die Temperaturen der vergangenen Woche als außerordentlich belastend. Er bittet die Verwaltung, den Hitzeaktionsplan schnellstmöglich weiter zu bearbeiten. Darüber hinaus fordert er verstärkte Baumpflanzungen im Stadtgebiet, da Bäume aus seiner Sicht einen wesentlichen Beitrag zur Minderung von Hitze leisten. Besonders hebt er erneut den Europaplatz hervor, für den er seit 40 Jahren für Bäume einsetzt. Nachdem aus der Verwaltung zuletzt signalisiert worden ist, dass Baumstandorte dort nun grundsätzlich möglich sind, bittet er um eine zeitnahe Entscheidung. Zur Untermauerung seiner Forderung verweist er auf die erhebliche Kühlleistung großer Bäume.

Waldbrände

Stadtrat Löschner nimmt Bezug auf die zuvor gewürdigte Arbeit der Feuerwehr und verweist auf Berichte in den Medien, wonach Deutschland auf größere Waldbrände nicht überall ausreichend vorbereitet ist. Vor diesem Hintergrund fragt er an, ob die örtliche Feuerwehr nach Einschätzung der Verwaltung in der Lage wäre, einen Waldbrand im Schwarzwald wirksam zu bekämpfen.

Oberbürgermeister Bauernfeind antwortet, dass in einer der letzten Sitzungen ein Spezialfahrzeug angeschafft worden ist, dass ausdrücklich auch für das Thema Waldbrand

vorgesehen ist. Zudem steht ein entsprechendes Fahrzeug auch auf Kreisebene zur Verfügung. Er weist allerdings darauf hin, dass bei Waldbränden regelmäßig die Löschwasserversorgung eine zentrale Herausforderung darstellt. Die Feuerwehren arbeiten an diesem Thema und führen hierzu Übungen durch. Darüber hinaus kommt es wesentlich darauf an, dass sich die Bevölkerung bei Waldbrandgefahr an die geltenden Regeln hält und keine verbotenen oder gefährlichen Handlungen im Wald vornimmt. Insgesamt erklärt Oberbürgermeister Bauernfeind, die Stadt ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht schlecht aufgestellt, was auch der besonderen Verantwortung als große Waldgemeinde entspricht.

Stadtrat Ott ergänzt die Ausführungen von Oberbürgermeister Bauernfeind aus seiner Erfahrung als aktives Mitglied der Feuerwehr. Die Feuerwehren Bühl und Bühlertal bilden gemeinsam eine Waldbrandeinheit, die sich mindestens einmal jährlich zur Erprobung entsprechender Einsatzszenarien trifft. Darüber hinaus finden weitere Übungen statt, zuletzt gemeinsam mit Neusatz in Untermatt. Das Thema wird daher kontinuierlich beübt und erprobt, sodass man für den Ernstfall gut vorbereitet ist. Die zeitliche Verzögerung bei der Fahrzeugverfügbarkeit ist darauf zurückzuführen, dass ein in Bühlertal stationierter Unimog, der ursprünglich bereits Anfang des Vorjahres geliefert werden sollte, mit einer Verzögerung von über einem Jahr eingetroffen ist. Ferner erläutert Stadtrat Ott die Strukturen des Katastrophenschutzes im Landkreis Rastatt, der in die Bereiche Nord, Süd und Ost gegliedert ist. Im Südbereich gibt es einen Zug Brandbekämpfung unter Beteiligung von Gaggenau-Michelbach. Zudem bestehen spezielle Einheiten für Wald- und Vegetationsbrände sowie für die Wasserförderung, damit Löschwasser in schwer zugängliche Waldgebiete transportiert werden kann. Stadtrat Ott führt ergänzend aus, dass Christian Stricker aus der Abteilung Kernstadt und er selbst von der Abteilung Bühl-West die Zugführer für die Waldbrandeinheit und den Katastrophenschutz sind. Für weitere Fragen steht er gerne zur Verfügung.

E-Scooter im Bereich Bürgerhaus Neuer Markt

Stadtrat Leppert greift zunächst die von Oberbürgermeister Bauernfeind angesprochene Einhaltung von Regeln auf und berichtet von Beschwerden im Bereich Bürgerhaus und neuer Markt in den Abendstunden. Dort gibt es Probleme mit Rollerfahrern und E-Scootern, sodass aus seiner Sicht erneut Handlungsbedarf besteht.

Abbrennen von Unkraut

Stadtrat Leppert schildert einen Vorfall aus dem eigenen Umfeld: Die Feuerwehr hat an diesem Tag in seinem Garten gestanden, nachdem sie alarmiert worden ist, weil ein Nachbar trotz der hohen Temperaturen seine steinbefestigte Fläche mit einem Gasflämmgerät abbrennen wollte. Dies zeigt, dass es weiterhin Personen gibt, die die Gefahrenlage besonders in der derzeitigen Hitzeperiode nicht hinreichend ernst nehmen.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Matthias Bauernfeind

Der Schriftführer:

Marc Vollmer